



## Presseinformation

Nr. 182/2009

Kiel, Donnerstag, 11. Juni 2009

Energie/ Umwelt/ CO<sub>2</sub>-Einlagerung

### Heiner Garg: Landesregierung muss CCS-Gesetz im Bundesrat ablehnen!

Zur aktuellen Diskussion um die unterirdische CO<sub>2</sub>-Speicherung in Schleswig-Holstein erklärte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Die berechtigten Ängste der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die unterirdische Einlagerung von CO<sub>2</sub> dürfen nicht ignoriert werden. Es ist nicht zuletzt die Landesregierung gefragt, durch die nötige Information einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens zu erzielen.

Das von der Bundesregierung eingebrachte CCS-Gesetz kann diesen Konsens allerdings nicht herstellen. Große Schwachstellen des Gesetzes sind die faktische Enteignung der Grundbesitzer und die Übertragung der Haftung weg vom Bundesland der CO<sub>2</sub>-Erzeugung hin zum Bundesland der Lagerung.

Zudem ist aus Sicht der FDP-Fraktion absolut inakzeptabel, dass Schleswig-Holstein zu einem Endlager von im Ruhrgebiet produziertem CO<sub>2</sub> wird, dafür die möglichen Risiken dauerhaft übernimmt und keinerlei Kompensation erhält. Ich kann nicht verstehen dass die Schleswig-Holsteinische Landesregierung bereits am 15. Mai 2009 durch eine Pressemitteilung erklärt hat, dass sie dem Gesetz im Bundesrat zustimmen wird.

Das Gesetz in der derzeitigen Form ist für Schleswig-Holstein völlig inakzeptabel und im Bundesrat nicht zustimmungsfähig“, so Garg abschließend.

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Günther Hildebrand, MdL**

www.fdp-sh.de